

Handlungsprogramm der CDU Essen für die Ratsperiode 2014 - 2020

Beschlossen am 7. März 2014

Für ein starkes Essen



Vorwort



Liebe Essenerinnen und Essener,

unser gemeinsames Ziel ist es, dass Essen wieder aufsteigt. Dafür brauchen wir mutige Entscheidungen und einen klaren Wählerauftrag am 25. Mai 2014. Solide Finanzen, sichere Stadtteile und mehr Investitionen in Bildung und Arbeitsplätze sind dabei unverzichtbar.

Unsere Stadt hat große Potentiale. Jeden Tag pendeln über 100.000 Menschen in unsere Stadt. Essen gehört zu den zehn größten Städten Deutschlands. Gemeinsam müssen dafür sorgen, dass unsere Heimatstadt nicht ihre Seele, ihre Kultur und ihre Fähigkeit, sich immer wieder neu zu erfinden, verliert. Dafür brauchen wir neuen Gemeinsinn.

Gerade das Ehrenamt macht unsere Stadt stark. Jeder Vierte in unserer Stadt ist ehrenamtlich engagiert und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Um diese ehrenamtliche Tätigkeit angemessen zu würdigen, regen wir an, einen Tag des Ehrenamts einzuführen.

Uns geht es um das Miteinander von Jung und Alt, Menschen unterschiedlicher Herkunft, Menschen mit und ohne Handicap oder Behinderung gehören gleichermaßen zu unserer Gesellschaft und machen eine lebendige Stadt aus. Diese Menschen machen die Stärke unserer Stadt aus.

Ich bin für ein starkes Essen. Mit Ihrer Hilfe schaffen wir das.

Thomas Kufen
Spitzenkandidat für die Kommunalwahl 2014

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Inhaltsverzeichnis.....	4
Vorfahrt für Arbeitsplätze und Wachstum.....	5
Essen bleibt Kulturstandort Nr. 1	7
Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen.....	9
Gute Bildung von Anfang an.....	11
Platz für Kinder, Jugendliche und Familie	14
Älter, aber vital und aktiv	16
Essen als TOP-Gesundheitsstandort	17
Sportstadt Essen.....	19
Baldeneysee	21
Stadtentwicklung muss man wollen	22
Integration muss gelebt werden	25
Neue Umwelt- und Klimaschutzstrategien erarbeiten	28
Solide Finanzen.....	30
Wahlauf Ruf	31

Vorfahrt für Arbeitsplätze und Wachstum

Essen hat das Potenzial, in dieser Dekade zu einer echten Aufsteigerstadt zu werden. Im aktuellen Städteranking 2013 belegt Essen den 10. Platz der besten Wirtschaftsstandorte Deutschlands und wird zum „Aufsteiger des Jahres“ erklärt. Auf den Gebieten Bildung, Innovation, Internationalität, Erreichbarkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit haben wir unsere Nachbarstädte ebenso hinter uns gelassen wie Leipzig oder Hamburg. Das Städteranking basiert auf Daten der Jahre 2008 bis 2010 und ist daher auch eine Erfolgsbilanz des CDU-Oberbürgermeisters Dr. Wolfgang Reiniger und der CDU im Rat der Stadt.

Zehn der größten deutschen Unternehmen haben ihren Sitz in Essen. Essen hat sich als Energiestadt Europas, wie als die Zentralstadt in der Metropole Ruhr, behauptet. Das sind gute Rahmenbedingungen für neues Wachstum wie auch zur Sicherung der vorhandenen und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Trotz einer erfreulichen Entwicklung in unserer Stadt haben wir immer noch mit einer hohen Langzeitarbeitslosigkeit zu kämpfen. Das war u. a. die Motivation, die Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen in die Regie der Stadt zu geben. Wir stehen in der Verantwortung und Verpflichtung für Menschen mit und ohne Beschäftigung.

Arbeitsplätze sind ein Magnet für die ganze Region. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass Essen wieder zu einer wachsenden Stadt wird. Nur so können wir den Kampf gegen Abwanderung, Perspektiv- und Arbeitslosigkeit gewinnen. Der Masterplan Industrie ist hier eine Zukunftsaktie. Wir setzen auf eine starke Industrie, damit Essen nicht nur für die hier lebenden Menschen attraktiv ist, sondern auch ein idealer Standort für Industrieunternehmen bleibt. Für eine wachsende Stadt bedarf es einer gesunden Mischung aus Dienstleistern, Handwerk und produzierenden Unternehmen.

Wir werden somit auch in Zukunft alles tun, um arbeitslosen Jugendlichen, Frauen und Männern den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu ebnen. Hilfe kann und darf nur ergänzend sein, nicht aber die Eigenständigkeit ersetzen.

Wir werden uns für die Stärkung eines inklusiven Arbeitsmarktes einsetzen, denn auch Menschen mit einem Handicap müssen entsprechend ihrer Fähigkeiten eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. In den vergangenen Jahren haben wir diese Fähigkeiten durch die Inklusion in der Bildung gefördert.

Arbeit für alle ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung, stiftet Lebenssinn und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Sozial ist, was Arbeit schafft, vorausgesetzt, dass das dadurch erzielte Einkommen ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.

Darum wird es unerlässlich sein, neue Gewerbeflächen auszuweisen; das Flächenpotenzial der Stadt muss optimal genutzt werden und zwar im gesamten Essener Stadtgebiet.

In Essen schaffen und erhalten vor allem kleine und mittlere Unternehmen, konkret der Mittelstand und das Handwerk, Arbeits- und Ausbildungsplätze. Der „Essener Konsens“, ein

Netzwerk verschiedener Kooperationspartner, die projektbezogen zusammenarbeiten, um Maßnahmen zur Beschäftigung und Qualifizierung umzusetzen, ist uns wichtig. Er hat sich im Interesse der Arbeitssuchenden bewährt. Wirtschafts- und Sozialverbände sowie Gewerkschaften sind für uns gleichwertige Partner.

Sowohl die heimische Wirtschaft als auch unsere Verwaltung und die Essener Bildungseinrichtungen werden sich internationaler ausrichten müssen. Wir haben in den letzten Jahren bereits erfolgreich daran gearbeitet. Bilinguale KITAS und Schulen, die Möglichkeit, das Internationale Abitur (IB) an der Goethe-Schule abzulegen oder die Internationale Schule Ruhr sowie die Beratung für internationale Auslandsaufenthalte im Bildungspunkt am Kennedyplatz sind schon heute die Wegmarken des internationalen Lernens in Essen. Wir setzen auch weiterhin auf die Partnerschaft von Wirtschaftsunternehmen und Handwerksbetrieben mit Essener Schulen. Den Betrieben soll dadurch eine Plattform geschaffen werden, sich zu präsentieren und den Schülern gleichzeitig die Möglichkeit zu geben, sich beruflich zu orientieren.

Die Rekrutierung ausländischer Fachkräfte wird für die Essener Wirtschaft ein immer bedeutsameres Thema werden. Die Einrichtung des Welcome-Centers als zentrale Anlaufstelle und Visitenkarte unserer Stadt ist nur eine logische Konsequenz daraus. Zur weiteren Internationalisierung der Stadt Essen ist eine gestärkte Messe Essen unerlässlich. Essen muss der „Top Messe- und Kongressstandort“ bleiben.

Jedes Jahr kommen über eine Million Messebesucher aus allen Teilen der Welt zu uns. Neben einer inneren Ertüchtigung brauchen wir auch eine bauliche Modernisierung der Messe Essen, der den heutigen Standards und Anforderungen der Aussteller entspricht. Nur so können Messen und Aussteller und somit letztlich Besucher gehalten und neue gewonnen werden. Daran muss auch das Land Nordrhein-Westfalen ein Interesse haben. Wir sehen auch die Landesregierung in der Verpflichtung, den Messemarkt Nordrhein-Westfalen mit den Standorten Düsseldorf, Dortmund, Essen und Köln zu sichern. Die Beteiligung des Landes nur an den beiden Messen Düsseldorf und Köln verzerrt den Wettbewerb.

Essen lebt von der Vielfalt seiner Stadtteile. Hier ist unsere Heimat. Die Einkaufsmöglichkeiten in den Stadtteilen sind zu fördern. Hierzu gehört auch eine konsequente Umsetzung des beschlossenen Masterplans "Einzelhandel" zur Stärkung der einzelnen Stadtteile. Auch die Entwicklung unserer Innenstadt steht dabei immer im besonderen Fokus. In den letzten Jahren ist sie durch langfristige kluge Entscheidungen nachhaltig gestärkt worden. Um die Attraktivität der Innenstadt weiter zu erhöhen und eine bessere soziale Kontrolle gerade in den Abendstunden zu gewährleisten, wollen wir städteplanerisch optimiert - unter der Maßgabe „Besiedlung“ und „Belebung“ - die Innenstadt für eine neue und zusätzliche, dem demographischen Wandel gerecht werdende, Wohnbebauung öffnen.

Insbesondere die Zeugnisse der Vergangenheit, die Kulturgüter unserer gemeinsamen christlich-jüdischen Kultur, wollen wir für eine qualitative Belebung der Innenstadt verstärkt nutzen.

Durch das neue Krupp-Quartier, die Entwicklung des Berliner und des Limbecker Platzes, durch das Zusammenwachsen von Innenstadt und Universität, die Impulse für ein neues

Kreativquartier, die Neuausrichtung der Weststadthalle für Jugendliche und junge Erwachsene und die Entwicklungen in der nördlichen Innenstadt hat Essens Mitte quantitativ und qualitativ gewonnen. Junge und Ältere zieht es in die Stadt. Kommunikation und Innovation ist wichtig. Daher wollen wir, beginnend in der Innenstadt, ein Angebot für ein kostenloses WLAN-Netz auf den Weg bringen.

An der Entwicklung des Zollverein-Areals kann anschaulich der Strukturwandel Essens nachvollzogen werden. Konsequentes politisches Handeln hat auf einer ehemaligen Industriebranche einen neuen Design- und Kulturstandort sowie einen gefragten Wirtschaftsraum entstehen lassen, der Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Berufen schafft und sichert. Das Areal ist groß genug, um weitere Branchen aufzunehmen. Sich allein auf einen Design- und Geschichtsstandort zu reduzieren, wäre jedoch falsch. Der neue Unternehmenssitz der RAG Montan auf Zollverein macht Mut. Stadt, Stiftung und das Land müssen sich gemeinsam für eine nachhaltige Etablierung eines Bereichs der Folkwang Universität und neues studentisches Leben auf Zollverein einsetzen.

Weiteres Flächenpotenzial für die Ansiedlung von gewerblichen und industriellen Betrieben ist zu nutzen, um dem Flächennotstand entgegenzuwirken. Dabei sollte der Schwerpunkt auf die Ansiedlung von verarbeitendem Gewerbe gelegt werden, um auch Arbeitsplätze für Geringqualifizierte zu schaffen.

Wir brauchen eine mittelstandsfreundliche Verwaltung. Es sollten Anlaufstellen geschaffen werden, wo bestehende und potenzielle Gewerbetreibende alles „aus einer Hand“ bekommen. Insbesondere muss die Anlaufstelle beratend tätig werden und etwaige erforderliche Genehmigungen koordinieren können.

Essen bleibt Kulturstandort Nr. 1

"Wandel durch Kultur – Kultur durch Wandel" lautete das Motto der Kulturhauptstadt Europas 2010. Der Titel Kulturhauptstadt ist eine Essener Erfolgsgeschichte. Das Bild der Region ist nach dem Kulturhauptstadtjahr ein anderes: Die Region ist nicht mehr grau, sondern bunt. Wir waren gute und stolze Gastgeber und wollen die Marke „Essen.Kulturhauptstadt“ lebendig halten. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es deshalb auch, die fünf Sparten der Theater und Philharmonie Essen (TUP) in ihrer Qualität zu sichern. Die Philharmonie im Saalbau, das Aalto-Theater, das Grillo-Theater, die Münsterkirche, Villa Hügel, das Ruhr Museum auf Zollverein, das Museum Folkwang, die Domschatzkammer, die Alte Synagoge als Haus der jüdischen Kultur oder das Haus der Essener Geschichte verdeutlichen das gestärkte Selbstbewusstsein.

Die ältesten Kulturträger in unserer Stadt sind die Kirchen. Wir treten nachhaltig für ein offenes und vertrauensvolles Verhältnis zwischen der Politik, dem Rat der Stadt Essen und den Kirchen ein. Kirchliches Engagement u. a. in der Sozialarbeit, in den Kindertagesstätten, in der Flüchtlingshilfe oder zahlreichen anderen diakonischen oder caritativen Bereichen verdient unsere Unterstützung und Würdigung. Wir treten für einen lebendigen interreligiösen Dialog ein. Er kann erfolgreich sein, wenn wir wissen, was uns prägt.

Aber die Essener Kultur lebt nicht allein von den großen Namen oder Häusern. Viele Initiativen, Vereine und Einzelpersonen tragen zum kulturellen Reichtum in unserer Stadt bei. Kunst und Kultur regen an und schaffen Begegnungsmöglichkeiten. Diese Vielfalt in der Kultur gehört zu einer wachsenden Stadt. Sie fördert Bildung und Integration.

Die Essener Philharmoniker, das Aalto-Musiktheater, das Aalto Ballett, Grillo Theater und die Folkwang Universität sind unsere nationalen und internationalen Aushängeschilder. Gleichzeitig haben sie sich die Verbundenheit mit der Stadt bewahrt. Dafür stehen die vielen Kooperationen mit der Stadtgesellschaft. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, die Qualität ihrer Arbeit zu sichern.

Kultur lebt von der Vielfalt künstlerischen Lebens und kreativen Schaffens in der freien Szene, in den Stadtteilen und in der Breitenarbeit. Städtische Kulturförderung hat die Aufgabe, die Vielfalt und Qualität kultureller Angebote und Teilhabe zu sichern und die demographische Entwicklung in unserer Stadt zu berücksichtigen.

Die freien Kultureinrichtungen wie das Grend, das Katakomben Theater im Girardet Haus, die Zeche Carl, das Bürgermeisterhaus Werden, der Alte Bahnhof Kettwig, das Kunsthaus Essen, das Forum Kreuzeskirche, das ChorForum oder die freien Theater schaffen ein breites Spektrum an Kultur- und Bildungsangeboten und bereichern das Stadtleben. Daher müssen die freien Träger und die Vereine der Breiten- und Laienkultur auch weiterhin unterstützt werden. Dabei geht es nicht nur, aber auch um finanzielle Förderung. Ehrenamt und Bürgerengagement müssen Wertschätzung und Anerkennung finden.

Kulturelle Bildung ist ein wichtiges Element einer Stadtgesellschaft, die es weiter zu fördern gilt. Die Kooperation zwischen Theater und Philharmonie (TuP) sowie der Gesellschaft für soziale Dienste (GSE) ist eine gelungene Zusammenarbeit in den Bereichen Kultur und Soziales. So rückt das Grillo Theater noch mehr in die Mitte der Stadtgesellschaft. Unser Stadttheater stellt sich den Fragen der „sozialen Stadt“, während die GSE Senioren und Behinderten eine Tür zum Theater öffnet.

Das Schloss Borbeck ist zu einem Wahrzeichen der Geschichte unserer Stadt, der Fürstäbtissinnen und gleichzeitig zu einem anerkannten Ort vielfältiger bürgerschaftlicher und kultureller Veranstaltungen geworden. Die Stärken des Baudenkmals mit Schloss, Wirtschaftsgebäude, Schlosspark und Schlossarena müssen genutzt werden, um die Erhaltung und Pflege des Ensembles wirtschaftlich zu sichern.

Ein weiteres Wahrzeichen ist die ehemalige Benediktiner-Abtei in Werden als ein bedeutendes Zentrum von Kunst und Kultur, die heutzutage die Folkwang Universität der Künste beherbergt, von der weit über Essen hinaus wesentliche Impulse ausgehen.

Ein bedeutendes Wahrzeichen für die frühe Industrialisierung ist das Deilbachtal. Die dortige Kulturlandschaft muss eine Sicherung und Aufwertung erfahren. So erhalten wir unser kulturelles Erbe für die nachfolgenden Generationen.

Auch Kinder und Jugendliche brauchen die Begegnung mit Geschichte, Kunst und Kultur, um sich selbst zu entdecken, ihre eigenen schöpferischen Impulse zu entfalten und sich mit ihrem Alltag und den verschiedenen Lebenswelten produktiv auseinanderzusetzen.

Gemeinsames Musizieren und kreatives Gestalten überwinden sprachliche Grenzen und schaffen Freiräume für soziales Lernen. Kulturelle Bildung ist daher eine zentrale Aufgabe für Kultur-, Jugend- und Schulprojekte. Das kann durch die Förderung von kulturellen Schulveranstaltungen (z.B. Theater-AGs) und kreative Projekte wie „Jedem Kind ein Instrument“ erreicht werden.

Auch die Vermittlung von Medienkompetenz nimmt immer noch an Bedeutung zu. Das dichte Netz der Stadtteilbibliotheken reagiert auf beide Entwicklungen. Besonders die Stadtbibliothek, die Lese- und Medienecken in den Schulen sichern auch in Zukunft jungen Menschen den Zugang zu Büchern und Medien. Die Volkshochschule und die Folkwang Musikschule schaffen Angebote zur musikalischen und kulturellen Bildung unabhängig von Begabung und Herkunft und unterstützen die Musikerziehung in zahlreichen Schulen.

Essen ist in Sachen Kultur ein Schwergewicht. Die über 100 Kultureinrichtungen haben sich auch zu touristischen Zielen entwickelt. Zusammen mit der Essen Marketing GmbH (EMG) und der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG) müssen wir diese Ziele passgenauer für den touristischen Freizeitbereich vermarkten. Der Tourismusbereich „Städtereisen“ wird weiter zunehmen und Essen kann davon profitieren.

Mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine sichere und saubere Stadt. Die Erfüllung dieses Anspruchs obliegt in erster Linie der Polizei und der Stadtverwaltung Essen. Aber auch die Bürgerinnen und Bürger können einen wichtigen Beitrag für eine sichere und saubere Stadt leisten.

Essen ist im Vergleich der deutschen Großstädte eine sichere Stadt. Dies darf aber nicht dazu führen, in der Kriminalitätsbekämpfung nachzulassen. Insbesondere die stark zunehmende Zahl der Wohnungseinbrüche durch organisierte Banden bereitet vielen Bürgerinnen und Bürgern große Angst. Die erschreckend niedrige Aufklärungsquote ist inakzeptabel und muss durch geeignete polizeiliche Ermittlungsmethoden nachhaltig verbessert werden. Aber auch das Feld der Prävention muss deutlich besser aufgestellt werden. Auf Ebene der Stadtteile ist ein Sicherheitsmanagement aufzulegen. An ihm sollen Polizei und Stadtverwaltung sowie situationsabhängig auch Verbände und einzelne Bürgerinnen und Bürger mitwirken, um durch abgestimmtes Handeln die Sicherheit im Stadtteil zu erhöhen.

Des Weiteren sollten keine weiteren Polizeiwachen aufgegeben werden und die Polizei sollte mehr Präsenz in den Quartieren zeigen.

Konsequentes Handeln ist auch auf dem Feld der Bekämpfung der organisierten Kriminalität insbesondere der Drogendelikte unabdingbar. Das „Dulden“ von kriminellen Strukturen in

den Stadtteilen schwächt die Aktivitäten einer positiven Stadtteilentwicklung enorm. Insbesondere die sichtbare Drogenszene in Altendorf ist dafür ein erschreckendes Beispiel. Hier müssen durch die Fortführung des konsequenten Verfolgungsdrucks durch Polizei und Stadtverwaltung die kriminellen Strukturen zerschlagen werden.

Eine erfolgreiche Sicherheitspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass Kriminalität möglichst gar nicht erst entsteht. Dazu kann die Kommunalpolitik im Rahmen einer umfassenden Kriminalprävention einen erheblichen Beitrag leisten. Der Kriminalpräventive Rat leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Ergänzend wollen wir ein Sicherheitskonzept mit den Schwerpunkten:

- Verhinderung von Wohnungseinbrüchen
- Drogen- und Suchtprävention
- Kinder- und Jugenddelinquenz
- Kriminalitätshemmende Städteplanung und Baugestaltung
- verschiedene Formen der Gewaltkriminalität
- Fremdenfeindlichkeit und Integrationsförderung

und mit nachprüfbaren Präventionsstrategien. Dieses Sicherheitskonzept muss in Zukunft u. a. die kriminalpräventive Stadtplanung deutlich stärker in den Blick nehmen.

Sogenannte „Angsträume“ dürfen gar nicht erst entstehen. Dunkle Straßen, Unterführungen, Parks und Plätze sollen so ausgeleuchtet werden, dass man sich sicherer fühlt.

Ferner sollten die rechtlichen Möglichkeiten der Videoüberwachung öffentlicher Plätze geprüft werden und eine Umsetzung im Rahmen des rechtlich Zulässigen erfolgen.

Öffentliche Spielplätze sollen sauber und kinderfreundlich gestaltet werden und modernen Anforderungen entsprechen. Zudem ist auf jedem Spielplatz die Sicherheit für Kinder zu gewährleisten und insbesondere gegen eine Verunreinigung mit Glasscherben und Fixerbesteck (Spritzen) vorzugehen. Das Rauchverbot auf Spielplätzen ist konsequent durchzusetzen.

Illegale Graffiti-Schmierereien müssen unmittelbar nach dem Entdecken beseitigt werden, um dem öffentlichen Raum nicht den Anschein von Verwahrlosung zu geben. Dingfest gemachte Täter müssen für die Beseitigung der Schäden durch Graffiti aufkommen und bei ihrer Beseitigung aktiv mit einbezogen werden. Kriminalitätsbekämpfung ist ein Teil einer kommunalen Sicherheitspolitik. Wir nehmen die Bürgerinnen und Bürger auch in ihrem subjektiven Sicherheitsgefühl ernst.

Trinker- und Drogenszenen, aggressives Betteln und andere Formen von ordnungswidrigem Handeln erzeugen Ängste und schaden dem friedlichen Miteinander in einer Stadtgesellschaft.

Durch eine überzeugende und nachhaltige Ordnungspolitik der Stadtverwaltung gilt es, ein Festsetzen dieser Szenen in der Innenstadt, den Stadtteilen, aber auch Stadtparks und öf-

fentlichen Plätzen zu unterbinden. Die Weiterführung und Weiterentwicklung der gemeinsamen Doppelstreife von Polizei und Ordnungsamt ist notwendig. Die Aufgaben einer Interventionsstreife, die unmittelbar Ordnungswidrigkeiten ahndet und so einem unkontrollierten Ausufern von szenetypischen Gesetzesverstößen einen Riegel vorschiebt, sind mit zu berücksichtigen.

Flankiert werden muss eine solche ordnungsbehördliche „Null-Toleranz-Strategie“ durch begleitende soziale Maßnahmen, um den betroffenen Menschen einen Ausweg aus ihrer sozialen Notlage aufzuzeigen.

Die Sauberkeit des öffentlichen Raums und die Pflege von Grünflächen und Parkanlagen sind ein weiterer bedeutsamer Baustein in unserem Konzept von Sicherheit und Sauberkeit. Denn ein öffentliches Umfeld, welches unordentlich und ungepflegt ist, lädt geradezu zu ordnungswidrigem Handeln ein. Auch auf diesem Feld kann nur durch das Zusammenwirken von Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Ergebnis erzielt werden. Die Aktion „pico-bello“ ist ein gutes Beispiel für diese gemeinsame Verantwortung und muss weiter ausgebaut und bekannt gemacht werden. Aber auch das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger als Spielplatz- bzw. Baumpaten ist unentbehrlich für eine saubere Stadt.

Das Tauben-Fütterungsverbot auf Stadtgebietsfläche muss aufrechterhalten werden. Die Standortsuche für einen zweiten Taubenschlag soll fortgesetzt werden. Durch diese und andere Maßnahmen sollte die Anzahl der Stadttauben verringert werden, damit die Verschmutzungen und Beschädigungen durch Stadttauben reduziert werden.

Den Städten obliegt mit der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr auch die Aufgabe von Feuerwehr und Katastrophenschutz. Ein stadtweites Sirennennetz ist ein wichtiges Erstwarnsystem zur Information der Bevölkerung bei Katastrophen und sollte in den nächsten Jahren errichtet werden.

Feuerwehr und Katastrophenschutz sind ohne ehrenamtliches Engagement gar nicht mehr denkbar. Die Freiwillige Feuerwehr und die Essener Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz und Rettungsdienst sind daher weiterhin in ihrer Arbeit zu unterstützen. Öffentliche Anerkennung sollen die Aktiven in Zukunft durch einen jährlich von der Stadt auszurichtenden Blaulichtempfang erfahren.

Gute Bildung von Anfang an

Der Zugang zu Bildungsangeboten und die frühe Bildungsförderung bestimmen nicht nur entscheidend die soziale Entwicklung und Zukunft eines Kindes, sondern auch die Zukunft unserer Stadt. Gemeinsam mit dem Land müssen wir ein gutes Bildungs- und Schulwesen in Essen schaffen.

Zu oft ist Armut in unserer Stadt vor allem aus Bildungsarmut entstanden. Daher setzen wir uns ganz besonders für die Weiterentwicklung und Stärkung der lokalen Bildungsangebote

und -einrichtungen ein. Fördernde und umfassende Bildungsstrukturen sind Grundlage für erfolgreiche Bildungsbiografien junger Menschen. Wir setzen uns ein für gute Rahmenbedingungen, damit Bildung, Erziehung und Betreuung besser miteinander abgestimmt und verzahnt werden. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Menschen einen ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend möglichst hochwertigen Bildungsabschluss erreichen.

Wir fordern eine frühzeitige Bewusstmachung der individuellen pädagogischen Bedürfnisse unserer Kinder und die gezielte Förderung der Sprache, Bewegung und des sozialen Lernens deutlich vor Eintritt in die Schule. Wir wollen das stadtweite Konzept für die Elternbildung ausbauen und in allen Stadtteilen oder Bezirken etablieren. Die Erziehungsstärke und Erziehungskompetenz von (werdenden) Müttern und Vätern muss systematisch gestärkt werden.

Schulen orientieren ihr pädagogisches Profil an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen und den Möglichkeiten des näheren Umfeldes im Stadtteil. Unsere Schulen nutzen die Potenziale des Stadtteils, sie heben dessen Eigenheit hervor und unterstützen so auch die Identifikation der Schülerinnen und Schüler mit ihrer Schule. Eine wachsende Stadt benötigt eine innovative und differenzierte Schul- und Bildungslandschaft, zu denen insbesondere auch die bestehenden Förderschulen gehören. Hierzu gehört als fester Bestandteil auch das Gymnasium.

Deshalb bekennen wir uns nachdrücklich zu den konfessionellen Bekenntnisschulen als wertvollen Bestandteil der differenzierten Bildungslandschaft. Das aktuelle gleichberechtigte Nebeneinander von Gemeinschaftsgrundschulen und Bekenntnisschulen setzt ein Zeichen für die Vielfalt gerade der urbanen Gesellschaft und dokumentiert somit den Respekt vor den unterschiedlichen Lebensentwürfen und Einstellungen der Menschen. Das durch die nordrhein-westfälische Landesverfassung garantierte elterliche Schulwahlrecht steht deshalb für uns nicht zur Disposition.

Der in Essen bereits bestehende und bundesweit einzigartige Finanzführerschein, der in Kooperation mit der Schuldnerhilfe e.V. ins Leben gerufen wurde, soll für Schüler schulformübergreifend eingeführt werden.

Die vielen Ganztagsangebote an Schulen verbessern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch die Chancen von Kindern und Jugendlichen. In der Mittagsbetreuung brauchen Kinder und Jugendliche eine ausgewogene Ernährung.

Die Ganztagsangebote wollen wir zu Ganztagsbildung ausbauen. Das trägt auch zur Verbesserung des Unterrichts und des Lernens bei. Erfolgreiches Lernen braucht auch einen einladenden Schulraum und eine gute Ausstattung.

Durch Ganztagsbildung besteht für die jungen Menschen die Möglichkeit der Erweiterung ihrer Erfahrungen und ihres Wissens. Sie haben mehr Möglichkeiten und erweitern ihre Fähigkeiten – kurzum ein Weg zu mehr Bildung. Der Bedarf der Eltern für eine Ganztagsbildung besonders an den Essener Grundschulen steigt. Wir wollen nach Möglichkeiten suchen, in den Offenen Ganztagschulen die Platzkapazitäten zu erweitern.

Ganztagsbildung geht nicht ohne eine verlässliche Qualität: Qualitätsstandards müssen dafür so angepasst werden, dass alle Ganztagsgruppen in den Grundschulen über eine bedarfsgerechte und mit Blick auf die inklusive Schule auch multiprofessionelle Personalausstattung (Erzieher/innen, Sozialpädagogen/-innen...) verfügen. Der erste Schritt ist die Aufstellung eines Essener Schulkatasters. Schulgebäude, die über kein bedarfsgerechtes Raumprogramm für ein gutes Ganztagsangebot verfügen oder in den kommenden Jahren generalsaniert werden müssen, sollen zugunsten neuer und hochwertiger Schulgebäude abgerissen und neu gebaut werden. Vorbild kann hier das „Haus des Lernens“ in Haarzopf sein.

Der bauliche Zustand und die Ausstattung vieler Schulgebäude müssen verbessert werden. Fach- und Klassenräume müssen so ausgestattet sein, dass sie den didaktischen und pädagogischen Anforderungen guten Unterrichts entsprechen. Aufenthaltsräume für Schülerinnen und Schüler müssen, gerade angesichts zunehmend längerer Schultage, die Gelegenheit zum Rückzug, gemeinsamen Lernen und Entspannen bieten. Bedarfsgerechte Medienausstattungen von Schüler- (etwa Selbstlernzentren) und Lehrerarbeitsräumen sollen das Leben und Lernen in den Schulen verbessern. Sanitäre Anlagen müssen in einem guten Zustand sein. Für diese Zwecke und die Substanzerhaltung der Gebäude wollen wir die finanziellen Mittel kontinuierlich erhöhen, ohne das Ziel der Haushaltskonsolidierung zu gefährden.

Wir brauchen ein Schulsystem, das sich an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Jugendlichen und der modernen Berufs- und Arbeitswelt orientiert. In den weiterführenden Schulen müssen daher Kooperationen mit Universitäten, Einrichtungen der beruflichen Bildung und der Wirtschaft den Übergang in Studium, Berufsausbildung und Beruf unterstützt werden. Um ein attraktives Kursangebot zu sichern, sind eigenständige Oberstufenzentren ein geeigneter Weg.

Wir wollen den begonnenen Weg der Inklusion von Menschen mit einem Handicap auch in den kommenden Jahren kontinuierlich weitergehen, denn Bildung ist für uns der Schlüssel zu einem unabhängigen und selbstbestimmten Leben.

Wir appellieren an Wirtschaft und Verwaltung, allen jungen Menschen, die einen Schulabschluss erreichen, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz anzubieten. Wir brauchen eine verpflichtende Weiterbildung für Jugendliche, die nach dem Schulabschluss keine anschließende Lehrstelle finden, um nicht den Weg in die Perspektivlosigkeit anzutreten und jeglichen Lernrhythmus zu verlieren. Der Leistungsbezug soll dabei an die Förderung gekoppelt sein. Wir können und wollen auf keinen jungen Menschen verzichten. Die Potenziale aller jungen Menschen müssen angesichts des mit dem demographischen Wandel einhergehenden Fachkräftemangels gefördert werden. Qualifizierungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit und auch der Jugendberufshilfen können dabei ein hilfreicher Baustein sein.

Unsere Schullandschaft ist leistungswillig und vielfältig. Sie lebt vom Engagement der Eltern, der Schülerinnen und Schüler, der Lehrerinnen und Lehrer, der Erzieherinnen und Erzieher und der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Schulaufsicht, der Schulverwaltung und in den Schulen selbst, ob als Hausmeister, Küchenkraft oder im Sekretariat. Dieses Engagement werden wir noch stärker als bisher unterstützen und fördern.

Wir wollen die Schulen beim weiteren Ausbau ihrer Kooperationen mit außerschulischen Partnern unterstützen. Zudem werden wir die Zusammenarbeit der Schulen untereinander fördern, vor allem was den gelingenden Übergang der Schülerinnen und Schüler von den Grundschulen zu den Schulen der Sekundarstufen angeht. Hier ist an bereits bestehende Kooperationen anzuknüpfen.

Mit der Universität Duisburg-Essen, der Folkwang Hochschule, der VHS, der Fachhochschule für Ökonomie und Management und den vielen Fort- und Weiterbildungseinrichtungen in Essen haben wir gute Voraussetzungen für Studium und Beruf. Gerade unsere Universität mit ihren 39.000 Studierenden hat ihren Platz unter den Top-Ten-Universitäten bundesweit behaupten können. Essen muss den Vergleich mit anderen Städten, wenn es um Qualität und Vielfalt des Bildungsangebots geht, nicht scheuen. Wir wollen die Zusammenarbeit und Kooperation dieser herausragenden Essener Bildungsinstitutionen unterstützen und fördern. Diese Zusammenarbeit ist ein Garant für unsere wachsende Stadt.

Unsere Stadt ist die einzige Großstadt mit mehr als 500.000 Einwohnern, in der weder eine Fraunhofer Einrichtung noch ein Max-Planck-Institut angesiedelt ist. Aus unserer Sicht müssen sich darum die Stadt Essen und die Universität um die Ansiedlung solcher Institute gleichermaßen bemühen.

Platz für Kinder, Jugendliche und Familie

Ohne Kinder hat unsere Heimatstadt keine Zukunft. Deshalb muss unsere Stadt noch familienfreundlicher werden. Auf dem Weg zu einer kinder- und familienfreundlichen Stadt sind wir in Essen in den vergangenen Jahren wichtige Schritte vorangekommen. Die Stadt Essen muss an ihrem Leitbild „Großstadt für Kinder“ festhalten. Gerade die veränderten Familienstrukturen, beispielsweise durch die steigende Anzahl von alleinerziehenden Müttern oder Vätern, stellen uns dabei gemeinsam vor große Herausforderungen.

Die Entscheidung für Kinder wird auch in Abhängigkeit von Rahmenbedingungen in einer Stadt getroffen. Die Stadt muss den Eltern ermöglichen, ihr Familien- und Berufsleben frei gestalten zu können. Daher brauchen wir in einer wachsenden Stadt ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder von 0 – 6 Jahren, ohne dabei die Wahlfreiheit der Eltern einzuschränken. Für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, sollte hierzu auch ein Betreuungsangebot während der Nachtstunden gehören.

Auf unsere Initiative hin wurde in Essen ein flächendeckender Eltern- und Babybesuchsdienst eingerichtet. Eltern von erstgeborenen Kindern werden kurz nach der Geburt von Fachkräften besucht und zur Geburt ihres Kindes beglückwünscht. In diesem Zusammenhang werden sie auch über die Angebote und Leistungen für Familien in Essen informiert. Wenn es notwendig ist, kann auf diesem Weg eine direkte Beratung oder Unterstützung der Familie erfolgen. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Dazu brauchen wir auch mehr Familienhebammen und mehr Kinderkrankenschwestern. Wir wollen prüfen, wie wir in allen Stadtteilen „Kinderkrankenschwestern“ als Unterstützung für Kitas und Grundschulen zur Förderung der Kindergesundheit etablieren können. Die Kosten dafür sollten durch Dritte, bei-

spielsweise Krankenkassen, getragen werden. In unserer finnischen Partnerstadt Tampere funktioniert das in den Kitas und Schulen sehr gut. Die Kinderkrankenschwestern sind für die Kinder wichtige Vertrauenspersonen und Ansprechpartner für die pädagogischen Fachkräfte.

Obwohl sich die überwiegende Mehrzahl aller Essener Eltern liebevoll um ihre Kinder kümmert, brauchen wir den weiteren Ausbau eines wirkungsvollen Netzes gegen Verwahrlosung, Vernachlässigung und Missbrauch von Kindern.

Präventive Familienarbeit und umfassende Familienbildung sind auf Grund unserer Initiative ein Aushängeschild für die Jugend- und Familienhilfe in der Stadt Essen.

Aber auch Unternehmen und Arbeitgeber müssen familienfreundlicher werden. Es ist Aufgabe der Politik, Unternehmen zu unterstützen, die flexible Wiedereinstiegsmöglichkeiten und Teilzeitbeschäftigungsmodelle anbieten und so Eltern Angst vor einer beruflichen Auszeit nehmen. Dazu gehört der Ausbau von familienfreundlichen Arbeitsplätzen in Essen und eine verstärkte Einrichtung von Betriebskindergärten. Politik, Stadtverwaltung und Unternehmen müssen sich gemeinsam für familienfreundliche Angebote einsetzen und Familien im Berufsalltag unterstützen. Durch einen stärkeren Ausbau von betrieblichen Betreuungsmöglichkeiten, z. B. in Form von Betriebskindergärten, kann sich die Essener Wirtschaft einen Standortvorteil verschaffen und qualifizierten Mitarbeitern langfristig attraktive Arbeitsbedingungen bieten.

Das Wohnumfeld für Familien muss so gestaltet sein, dass Kinder Frei- und Bewegungsräume haben. Kinder- und Abenteuerspielplätze, die Jugendfarm, Bolzplätze und Skatertreffs sind unverzichtbare Bestandteile für ein kinderfreundliches Lebensumfeld. Die über 400 Spielplatzpaten leisten dazu ihren ganz persönlichen und wichtigen Beitrag.

Aus Kindern werden Jugendliche. Sie sind auf der Suche nach ihrem Platz in der Gesellschaft. Kultur- und Freizeitangebote sind für diese Altersgruppe daher besonders wichtig. Sie schützen und stärken junge Menschen. Jugendliche sind anspruchsvoll und entscheiden selbst darüber, welches Angebot sie wahrnehmen möchten. Daher ist Vielfältigkeit und Abwechslung besonders wichtig.

Wir unterstützen den sozialräumlichen und mobilen Ansatz der Kinder- und Jugendarbeit in den letzten Jahren. Wir benötigen die offene Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit mit ihren wertvollen und wichtigen außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten. Junge Menschen müssen beteiligt werden. Die Erfahrungen des Projektes „MitWirkung!“ der Bertelsmann-Stiftung wollen wir weiter nutzen und die Selbstorganisation junger Menschen stärker fördern. Darüber hinaus wollen wir die praktische Zusammenarbeit der Kinder- und Jugendarbeit mit den Schulen in unserer Stadt weiter fördern.

Wir vertreten die Interessen aller Generationen in unserer Stadt. Dabei dürfen auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht vergessen werden.

Zunächst muss durch eine Verbesserung der Aus- und Weiterbildung der Berufseinstieg für Jugendliche und junge Erwachsene erleichtert werden.

Aktive Jugendgruppen müssen in die für sie relevanten Themen der Stadt durch die Kinder- und Jugendbeauftragten der Bezirksvertretungen und des Rates sowie Jugendverbänden und –initiativen eingebunden werden.

Außerdem ist ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen durch attraktive Angebote in Verbindung mit der sogenannten „JuLeiCa“ (Jugendleitercard) zu fördern.

Um Jugendlichen aus sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen die Möglichkeit zu geben, einem geregelten Sport nachzugehen, sollte diese durch eine Vereinsbeitragsfinanzierung bzw. –förderung unterstützt werden.

Zudem sollte der Zugang zu Bildungsräumen, wie z. B. Bibliotheken, für Jugendliche und junge Erwachsene bis zum Alter von 26 Jahren kostenfrei sein.

Vorhandene Angebote müssen besser bekannt gemacht werden, wie zum Beispiel das Internetportal www.townload-essen.de.

Älter, aber vital und aktiv

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wächst. In Essen ist die Gruppe der über 65-Jährigen (22 %) schon heute größer als die Gruppe der unter 18-Jährigen (15 %). Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen.

Älterwerden ist aber kein Grund zur Klage, sondern für sehr viele Menschen und unsere Stadt ein Gewinn. Sie bringen sich sowohl in familiärem als auch in ehrenamtlichem Engagement für andere ein. Gleichwohl wird die immer älter werdende Stadtgesellschaft das Zusammenleben, die sozialen, sportlichen und kulturellen Angebote sowie die Wirtschaft in den nächsten Jahren nachhaltig verändern.

Viele Menschen werden älter und bleiben vital und aktiv, andere benötigen unsere Unterstützung. Unsere Stadt ist auf ein gutes Miteinander der verschiedenen Generationen angewiesen. Demografiepolitik muss eine wichtige Querschnittsaufgabe für alle Politik- und Verwaltungsbereiche werden.

Wir wollen den demografischen Wandel gestalten. Vereinsamung und Armut im Alter bekämpfen. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Essen, ob Alt oder Jung, wohl und sicher fühlen. Ärztliche und pflegerische Versorgung muss sichergestellt sein. Bei der Stadtplanung und der Wohnungspolitik müssen wir stärker darauf achten, dass ältere Bürgerinnen und Bürger auch bei nachlassender körperlichen Mobilität in der gewohnten sozialen und räumlichen Umgebung verbleiben können.

Hierzu gehört auch der Ausbau eines bedarfsgerechten öffentlichen Nahverkehrs.

Der hohe Stellenwert des sozialen Miteinanders muss daher mehr Beachtung finden und das Zusammenleben der Generationen hinsichtlich des Wohnens stärker gefördert werden.

Wohnungswechsel, die häufig auch einen Wechsel des Wohnumfeldes bedeuten, können durch konsequente Umsetzung des barrierefreien Bauprinzips vermieden werden. Auch brauchen wir in Essen mehr alternative Wohnformen, die das gemeinsame Wohnen von Jung und Alt erleichtern.

Es sind zudem Konzepte zu entwickeln, die die Versorgung mit Waren und Serviceleistungen des täglichen Lebens und der Mobilität sicherstellen.

Die Zusammenarbeit mit dem aktiven Seniorenbeirat, der Pflegekonferenz und der Gesundheitskonferenz ist für uns ein wichtiger Baustein, um Anregungen aufzunehmen und politisch umzusetzen. Der Seniorenbeirat ist in Essen der erste Ansprechpartner für die Interessen der älteren Generation.

Auf unsere Initiative hin wird der erste Essener Seniorenförderplan entwickelt und bereits in 2014 an den Start gehen. Wir wollen mit der Förderung von Projekten, Initiativen und der Seniorengruppen in den Stadtteilen die Mobilität und Aktivität der Seniorinnen und Senioren erhalten und fördern. Ein wichtiges Augenmerk werden wir dabei auch auf die Seniorinnen und Senioren mit einer Zuwanderungsgeschichte legen. Viele Migranten der ersten Generation, die als Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zu uns kamen, sind geblieben. Auch sie müssen wir in unseren Programmen des Seniorenförderplans berücksichtigen und deren Integration in den Stadtteilen sicherstellen.

Die Förderung der Teilhabe der älteren Generation am gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben ist unser Leitmotiv.

Essen als TOP-Gesundheitsstandort

Essen ist mit seinen mehr als 700.000 ambulanten und stationären Behandlungsfällen pro Jahr einer der größten medizinischen Versorger Deutschlands und damit als Gesundheitsstandort sehr gut platziert. In kaum einer europäischen Großstadt ist die gesundheitliche Versorgung so gut wie in Essen.

Mehr als 45.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze machen Essen zum Top-Medizinstandort im Ruhrgebiet, zur Nummer 2 in NRW und zu einem der fünf größten in Deutschland. Essen ist der Medizinversorger für die Essenerinnen und Essener, für die Menschen aus benachbarten Städten und Gemeinden und gleichzeitig nachgefragter Behandlungsstandort für Menschen aus den Niederlanden, Russlands und weiterer Länder.

Im Essener Norden hat sich beispielsweise nun ein weiterer Kinderarzt niedergelassen. Unser Drängen in den Ausschüssen hat geholfen. Diese Bemühungen werden wir stadtteilübergreifend fortsetzen.

Die persönliche Gesundheit hat einen hohen Stellenwert. Eine effektive Gesundheitsvorsorge und die qualifizierte Therapie und Behandlung von Krankheiten ist deshalb unser

gemeinsames Anliegen. Zielgruppengenaue Angebote werden immer wichtiger. Der frühe Kontakt zu Schwangeren, die Begleitung von jungen Müttern, die Gesundheitsvorsorge bei Kindern, die Beachtung der besonderen Bedürfnisse älterer und pflegebedürftiger Menschen und die Erreichbarkeit von Menschen mit Migrationshintergrund stellen dabei besondere Herausforderungen dar, die nur gemeinsam gemeistert werden können.

Hier gilt es in Gesprächen mit dem Land, der Stadt und den Trägern von Pflegeeinrichtungen in den nächsten Jahren deutliche Verbesserungen zu erzielen. Wir werden hier unser seit einigen Jahren begonnenes Engagement weiter forcieren.

Nur durch die Verbesserung der Gesundheitsprävention werden wir die Entwicklung aller Kinder verbessern können. Eltern müssen früh und umfassend informiert werden, so dass sie ihre Aufgaben selbst und gut wahrnehmen können. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Gesundheitserziehung in den Kindertageseinrichtungen und den Schulen ein inhaltlicher Schwerpunkt wird. Die Verantwortlichen in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung sowie in den Schulen müssen gemeinsam Konzepte zur Gesundheitserziehung entwickeln. Kinder und Jugendliche sollen lernen, selbst Verantwortung für sich und ihren Körper zu übernehmen.

Gemeinsam müssen wir aber auch an der Schnittstelle zwischen Medizin und Sport Schwerpunkte setzen. Unsere Sportvereine sind schon heute Partner der Gesundheitsvorsorge. Kinder und Jugendliche erhalten dort nicht nur eine sportliche, sondern auch eine gesundheitliche und soziale Richtschnur.

Das bundesweit beachtete Modellprojekt „Kindergesundheitsmobil“ zeigt einmal mehr, dass die Stadt Essen für Innovationen offen ist und bereit ist, neue Wege mit Partnern auszuprobieren.

Pflege findet immer länger im häuslichen Umfeld statt. Daher sind pflegende Angehörige zu unterstützen und entlastende Strukturen, beispielsweise durch Tagespflegeplätze, zu verbessern. Nicht zuletzt trägt das gut ausgebaute Netz an ambulanten Diensten zur Entlastung der Angehörigen wesentlich bei. Weiter können wir stolz auf die hohe Qualität in den Pflegeeinrichtungen der Essener Heimträger sein. Wir müssen zusammen mit den Heimträgern, die Berichte über die Qualität in den Einrichtungen veröffentlichen und so den Bürgerinnen und Bürgern abgesicherte Informationen für ihre Entscheidungen geben.

Generell stehen wir für einen möglichst langen Verbleib der älteren Essenerinnen und Essener in ihrem gewohnten Lebensumfeld.

Dazu gehört auch, die Strukturen bei der Versorgung von Demenzkranken auszubauen und die soziale Situation pflegender Angehöriger stärken. Die bereits zahlreich vorhandenen Angebote für pflegende Angehörige müssen weiter ausgebaut werden.

Wir unterstützen das Essener Palliativnetzwerk und wollen die Initiativen fördern, die den Menschen in den Senioren- und Hospizeinrichtungen am Ende ihres Weges ein würdevolles Sterben ermöglichen. Wir wollen, dass die Stadt Essen der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen“ beitrifft und nehmen diesen Impuls unserer Bundeskanzlerin auf.

Prävention, Therapie und Repression sind gleichwertige Säulen der Sucht- und Drogenpolitik. Der „Essener Weg“ und die dazugehörigen Einrichtungen finden bundesweite Anerkennung und haben sich für andere deutsche Städte als Konzept mit Modellcharakter gezeigt. In der Drogenpolitik brauchen wir auch weiterhin die Vernetzung der Hilfseinrichtungen. Gemeinsames Ziel ist es, weitestgehend drogenfrei leben zu können.

Unter dem Begriff „Essen forscht und heilt“ versammeln sich die medizinischen Spitzenleistungen der Essener Kliniken und der Essener Unternehmen, die im Gesundheitsbereich und der Medizinwirtschaft tätig sind. Essen als Standort für Gesundheit und Medizin entwickelt sich immer mehr zu einem Qualitätsbegriff.

Die Gesundheitswirtschaft ist mit der hohen Anzahl an Beschäftigten zu einem maßgeblichen Wirtschaftsfaktor in unserer Stadt geworden. Wir setzen auch in Zukunft auf diese positive Entwicklung. Wenn wir das vorhandene Renommee des Gesundheitsstandortes ausbauen und zielgerichteter vermarkten, können wir auch vom internationalen Markt der Medizindienstleistungen profitieren.

Auch hier werden wir die Partnerschaft der Akteure, der Essener Wirtschaftsförderung sowie der Essener Marketing Gesellschaft unterstützen und bei Bedarf einfordern.

Sportstadt Essen

Bewegung, Spiel und Sport nehmen einen hohen Stellenwert ein und beschränken sich nicht ausschließlich auf Wettkämpfe oder Leistungssport. Die Bürgerinnen und Bürger interessieren sich auch für gesundheitsorientierte und familiengerechte Angebote. In einer freizeitorientierten Gesellschaft besteht der Wunsch nach ausgefüllter und moderner Freizeitgestaltung. Hier bietet sich gerade der Sport mit vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten an. Diesen Wandel berücksichtigen wir bei einer modernen Sportentwicklung. Für uns ist die Sportförderung, die Schaffung und der Erhalt von Sportstätten eine zentrale Aufgabe zukunftsweisender Politik. Die Stadt sollte in der Lage sein, sich erfolgreich um die Durchführung von nationalen und internationalen Sportveranstaltungen zu bewerben. Auch dies macht eine wachsende Stadt aus.

Wir werden auf Dauer weniger, dafür aber besser ausgestattete und zukunftsfähige Sportanlagen haben. Wir favorisieren die Möglichkeit, mehrere Sportanlagen kurz- bis mittelfristig nach dem '2:1-Prinzip' weiterzuentwickeln und darüber hinaus auch das Überleben einzelner Vereine zu sichern. Viele Vereine sind bereit, aufgrund schrumpfender Mitgliederzahlen ihre bisherige Sportanlage aufzugeben und ihren Sport gemeinsam auf einer sanierten Sportanlage zu betreiben. Beim Umbau der Sportplätze können nach Bedarf auch zusätzlich Kleinspielfelder gebaut werden

Daher braucht die Sportpolitik auch in Zukunft den engen Schulterschluss mit den Sportvereinen und mit dem Essener Sportbund (ESPO) als deren Spitzenorganisation. Mit dem Masterplan Sport haben wir 2006 ein umfangreiches Sanierungs- und Modernisierungs-

Programm auf den Weg gebracht. Kritiker wurden widerlegt. Im Zeitraum 2008 bis 2012 standen so 22,5 Mio. Euro städtischer Mittel und 12,08 Mio. Euro aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes zur Verfügung. Diese Gelder wurden aufgrund unserer Initiativen vorrangig für eine Qualitätssteigerung bestehender Sport- und Freizeitanlagen eingesetzt. Auch in den kommenden Jahren stellen wir jedes Jahr 5 Mio. Euro zur Verbesserung der Sportinfrastruktur zur Verfügung.

Insbesondere sind wir stolz auf den Umbau von mehr als 25 Aschenplätzen in Kunstrasenplätze, die Sanierung von Umkleidegebäuden, die Sanierung und Modernisierung von Bädern wie das Nord-Ost-Bad sowie Turn- und Sporthallen wie beispielsweise die Marienhalle Kray oder die Eissporthalle Essen-West. Jetzt brauchen wir einen fortgeschriebenen Masterplan.

Über die Vereinssportangebote hinaus müssen wir auch Angebote für diejenigen Bürgerinnen und Bürger schaffen, die sich nicht oder nicht auf Dauer an Vereine binden wollen. In den stadtweiten Sport- und Gesundheitszentren der Vereine und des ESPO können Sportinteressierte ein einzigartiges Kurssystem vorfinden.

Spitzensport sowie Breiten- und Freizeitsport bilden keinen Gegensatz, sie ergänzen sich wechselseitig und haben gleichsam ihre gesellschaftliche Bedeutung. Mit dem Olympiastützpunkt, der Eliteschule des Sports (Helmholtz-Gymnasium), dem Verein zur Förderung des Leistungssports und dem Sport- und Tanzinternat bietet Essen hervorragende Voraussetzungen für die Talentförderung und die Betreuung von Spitzenathleten. Aber auch die Sportstätten für den Spitzensport müssen modernsten Erfordernissen angepasst werden.

Mit dem Stadion Essen wurde das ehrwürdige aber auch sanierungsbedürftige Georg-Melches-Stadion ersetzt. Jetzt verfügt Essen über ein kompaktes und funktionales Stadion, in dem 20.000 Zuschauer Platz finden können. Ausgelegt ist das Stadion auf eine erfolgreiche Zukunft. Der Bau des Stadions ist sowohl eine Investition in den Essener Sport als auch in den Essener Norden.

Erst durch diverse Gutachten haben wir einen umfassenden Überblick über unsere Bäderlandschaft erhalten. Das neue Hauptbad am Thurmfeld soll die Zukunft des Schulschwimmens und des Vereinssports sichern. Wir stehen zum ausgehandelten Bäderkompromiss aller Ratsfraktionen.

Zugleich setzen wir uns für die Bäder in den Stadtteilen ein, die für die Schulschwimmer, Vereine und Bürger ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Sportinfrastruktur sind.

Außerdem soll die Einführung einer Jahreskarte für regelmäßige Besucher der Essener Schwimmbäder geprüft werden.

Essen bietet viel Grün und damit weitreichende Möglichkeiten für Freizeit und Erholung, für Jogger, Walker, Wanderer, Radfahrer und sonstige Sporttreibende. Diese Möglichkeiten bedürfen der Pflege und Weiterentwicklung, weil sie fester und unverzichtbarer Bestandteil der Sportinfrastruktur ist.

Auch Skater- und Mountainbikeranlagen sollen weiter gefördert werden

Hier investieren die Stadt und der Regionalverband Ruhr in den Ausbau des Radwegesystems. Darüber hinaus gilt es den Baldeneysee, den Kettwiger Stausee sowie die Ruhr im Rahmen des Masterplans Ruhr als Freizeitzentrum bzw. Freizeiträume weiterzuentwickeln. Denn Freizeitgestaltung findet nicht nur auf dem Sportplatz oder im Schwimmbad statt. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen ihre Freizeit für den Besuch einer unserer zahlreichen Parks. Gemeinsam müssen wir die ausgewählten Park- und Grünflächen sport- und freizeitorientiert weiterentwickeln.

In diesem Zusammenhang denken wir besonders an den Revierpark Nienhausen an der Stadtgrenze zu Gelsenkirchen. Der Umbau zum Gesundheitspark ist mittlerweile abgeschlossen. Das besondere Engagement des Essener Sportbundes für den Gesundheitspark ermöglicht den reibungslosen Weiterbetrieb. Die Zusammenarbeit der beiden Betreiber soll weiter intensiviert werden, damit diese Infrastrukturmaßnahme besonders für den Essener Norden weiterhin Bestand hat.

Baldeneysee

Der Baldeneysee ist eines der Wahrzeichen unserer Stadt. Als einer der schönsten Seen der Region ist er weit über die Grenzen von Essen hinaus bekannt. Rund um den Baldeneysee wollen wir endlich Taten sehen. Die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten des Sees müssen konsequent genutzt werden.

Die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes haben wir auf den Weg gebracht. Dieses muss alle Facetten des Sees von Naherholung über Sport bis hin zu Gastronomie und Wohnen berücksichtigen. Wir wollen, dass der See und seine Umgebung, ähnlich wie das Gelände des Welterbes Zollverein, als Einheit betrachtet werden.

Zunächst im Bereich zwischen Regattaturm bzw. den zu sanierenden Tribünen und dem Schloss Baldeney wollen wir eine neue Promenade entwickeln. Unser langfristiges Ziel bleibt die Schaffung einer nahezu durchgängigen und beleuchteten Promenade rund um den gesamten See.

Egal ob mit Fahrrad, Auto, Bus oder Bahn: Der See muss gut aus dem Stadtzentrum und den anliegenden Stadtteilen erreichbar sein, die zentralen Verkehrsknotenpunkte – einschließlich der Parkmöglichkeiten – rund um den See sind konsequent weiterzuentwickeln. Die Ausschilderung des Sees muss verbessert werden sowie zu schaffende Sichtachsen zum See müssen das ganze Jahr über zur Erholung einladen. Über ein geschlossenes Radwegenetz entlang beider Uferseiten der Ruhr ist der Zugang zum See zu gewährleisten.

Schwimmen und Baden im See muss an geeigneten Stellen (wieder) möglich gemacht werden. Hier könnten beispielsweise zunächst Badestege im „Seaside Beach Baldeney“ und am Heisinger Ufer vor dem alten Förderturm der Zeche Carl Funke eingerichtet werden.

Wir wollen das gesamte Umfeld des Sees aufwerten. Dazu gehört die weitere Ansiedlung von attraktiver Gastronomie, der Ausbau von familienfreundlichen, generationsübergreifenden Spiel- und Sportmöglichkeiten ebenso wie die Entwicklung von verwaisten Grundstücken am Uferbereich als auch der Erhalt und die Förderung des Naturschutzes (z.B. Vogelschutzgebiet und Naturschutzgebiet „Heisinger Aue“).

Der Baldeneysee muss zudem stärker in den Fokus des Stadtmarketings gerückt werden. Dabei ist auch auf die Bedeutung und die Angebote der Weißen Flotte hinzuweisen. Die Ernennung eines "Baldeneyseemanagers" halten wir für sinnvoll.

Bei der Umsetzung aller Maßnahmen und Projekten ist uns besonders wichtig, dass der See und sein Umfeld ihren ursprünglichen Charakter behalten und dass das bestehende Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Nutzern des Baldeneysees erhalten bleibt.

Stadtentwicklung muss man wollen

Unsere Stadt wächst wieder und soll auch in Zukunft weiter wachsen.

Sowohl der Städtevergleich 2013 zur Zukunftsfähigkeit deutscher Städte als auch die jüngsten Wohnungsnachfrageanalyse Essen 2020+ heben die Attraktivität und enorme Anziehungskraft unserer Stadt hervor. Im letzten Jahr verlegten 24.417 Personen ihren neuen Wohnsitz nach Essen. Im Vergleich der Ruhrgebietsstädte belegt Essen damit die höchsten Wanderungsgewinne. Mit der von uns eingeleiteten Entwicklung des Universitätsviertels, des Kreuzeskirchviertels in der Nord-City, des Kruppschen Gürtels, des Niederfeldsees und des langjährigen Programms „Neue Wege zum Wasser“ haben wir richtungsweisende Entscheidungen angestoßen.

In Anknüpfung an die bisherigen Erfolge setzen wir uns für die weitere Aufwertung der nördlichen Innenstadt ein. Insbesondere durch eine Öffnung der Viehofer Straße für den Straßenverkehr, ggf. als Einbahnstraße, mit zusätzlichen, eventuell kostenfreien Parkplätzen, soll die Attraktivität für Investoren und Gewerbetreibende gesteigert werden.

Private Eigentümer halten den größten Immobilienbestand in unserer Stadt. Nur noch jeder vierte Eigentümer kann mit seiner Immobilie Geld verdienen, vielfältige Vorschriften im Bereich der Gebäudesicherheit und der energetischen Sanierung erfordern hohe Investitionen, die regelmäßig nicht rentabel sind. Daher dürfen wir als Kommune nicht noch höhere Standards oder kürzere Fristen von den Eigentümern verlangen, als Land und Bund dies schon tun. Dies gilt beispielsweise für Dichtheitsprüfungen von Grundleitungen.

Die vielversprechenden städtebaulichen Projekte am Wasser in Altendorf, in Heisingen, in Kupferdreh oder in Kettwig belegen die Attraktivität der Stadt und bestärken uns, das Marina-Projekt im Essener Stadthafen weiter zu forcieren. Das wäre ein Gewinn für den Essener Norden und würde zudem neue Arbeitsplätze schaffen. In den letzten Jahren haben wir ganz unterschiedliche Erfahrungen damit gesammelt, die Bürgerinnen und Bürger bei der Stadtentwicklung und Stadtplanung einzubeziehen. Zügige Planung und Realisierung von Bauvor-

haben sowie gute Bürgerbeteiligung dürfen kein Widerspruch sein. Die Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben an der „Grünen Harfe“ in Heidhausen und mit den verschiedenen Baustellenführungen rund um den Niederfeldsee in Altendorf wollen wir auswerten und in einem verbindlichen Beteiligungskonzept verankern.

Wir brauchen jetzt eine Allianz für den Wohnungsbau und einen Masterplan Industrie. Nur so können wir den Bevölkerungszuwachs unterfüttern. Auf lokaler Ebene wollen wir Flächenkonferenzen initiieren, um den Engpässen bei den Gewerbe- und Wohnflächen entgegenzuwirken. Dies allein wird nicht ausreichen, um den steigenden Flächenbedarfen einer wachsenden Stadt gerecht zu werden. Neben der Nachverdichtung dort, wo es städtebaulich verträglich ist, müssen wir deshalb neue Flächen für Wohnen und Gewerbe ausweisen. Das wird auch eine Änderung des regionalen Flächennutzungsplanes notwendig machen.

Essen hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Das liegt auch an der Vielfältigkeit unserer Stadt. Sie ist sowohl Einkaufs-, Dienstleistungs-, Gesundheits-, Konzern-, Energie- und Kulturhauptstadt. Die Achilles-Ferse unserer Stadtentwicklung ist der Mangel an Gewerbeflächen und an attraktiven Wohnraum. Nur mittels einer übergreifenden Allianz schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für junge Familien mit Kindern und erschwingliches Wohneigentum. Bestandserhaltung und -verbesserung haben auch mit Augenmerk auf den weiteren Ausbau altengerechten bzw. barrierefreien Wohnraumes einen hohen Wert.

Wir möchten ein klares Residenzangebot an städtische Bedienstete und Berufspendler machen, um sie als neue Essener Bürger zu gewinnen.

Die Stadt Essen muss hier, vor allem in schwierigen Lagen, mit gutem Beispiel vorangehen. Unser städtisches Wohnungsunternehmen, die ALLBAU AG, ist hier vorbildlich.

Nur mit konsequenten Rückbau und der Schaffung von neuem Wohnraum können die städtebaulichen Sünden der 60er und 70er Jahre korrigiert werden. Wir brauchen gerade dort eine gute Mischung von Wohnungsgrößen, Wohnungstypen und Eigentumsformen. Das stabilisiert das Wohnumfeld. Die Gestaltung von Innenhöfen, ein Programm zur Fassadengestaltung und energetischen Gebäudesanierung setzen zusätzliche wichtige Impulse. Eine gute Nachbarschaft und ein attraktives Wohnumfeld haben entscheidenden Einfluss auf die Qualität des Wohnens. Dazu gehört auch eine gute Nahversorgung.

Auch aufgegebene städtische Immobilien haben sich in den letzten Jahren zum Ärgernis entwickelt. Sie vergammeln Jahre vor sich hin und haben immer höhere Sicherungskosten zur Folge. Wahrscheinlich kümmern sich innerhalb der Stadtverwaltung zu viele Stellen um das Thema, daher können wir keine nennenswerten Erfolge bei der Verwertung bzw. Vermarktung aufgebener Immobilien sehen. Abläufe müssen optimiert und Verantwortlichkeiten klarer gestaltet werden. Abriss und Verwertung müssen Hand in Hand gehen.

Gute Stadtentwicklung braucht eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Insbesondere unsere Straßen und Brücken müssen wir leistungsfähig halten. Eine umweltschonende und wirtschaftsfördernde Verkehrspolitik benötigt eine abgestimmte Entwicklung aller Verkehrssysteme. Diese muss mit der Region und für die Region gedacht und weiterentwickelt werden. Ziele in Stadt und Region sollen mit dem öffentlichen Nahverkehr, per Auto, per Fahr-

rad und zu Fuß gut erreichbar sein. Der ÖPNV (öffentlicher Personennahverkehr) muss besser vernetzt und die bestehende städteübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsgesellschaften weiter ausgebaut werden. Auch die Systeme der Bürgerbusse sind dabei wichtig.

Das Zusammengehen mit Nahverkehrsgesellschaften anderer Städte ist die logische Folge. Synergien können zur Verbesserung des Services und der Umweltstandards eingesetzt werden. Die Akzeptanz und die Attraktivität des ÖPNV werden maßgeblich beeinflusst durch mehr Sicherheit und Sauberkeit in den Fahrzeugen sowie an den Haltestellen. Direkte Verbindungen, funktionierende Umsteigebeziehungen, eine gute Fahrgastinformation, der barrierefreie Zugang und die kluge Kombination von Park-and-Ride und Car-on-Demand-Systemen sind weitere wichtige Bausteine.

Der Weiterbau der A52 mit der Anschlussstelle Lierfeldstraße in Altenessen und die Untertunnelung der Ruhrallee mit einer Anbindung der Westfalenstraße können zu einer nennenswerten Entlastung für die innerstädtischen Verkehre führen. An den beiden Vorhaben halten wir fest. Auch weil bisher kein anderes überzeugendes gesamtstädtisches Verkehrskonzept vorliegt. Die Hauptlast tragen aktuell die Ruhrallee und die Gladbecker Straße. Die Umweltzone hat die Probleme nur verschoben.

Die von der Verwaltung vorgelegte neue Lärmkartierung zeigt viele Belastungsstellen im Stadtgebiet auf. Hieraus wird deutlich, dass ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept, dass den örtlichen Anforderungen Rechnung trägt, dringend erforderlich ist.

Der innerstädtische Verkehr soll flüssiger werden. Dazu bedarf es einer konsequenteren Umsetzung der „Grüne-Welle“-Ampelschaltungen; eine Ausweitung der „Grün-Pfeil“-Regelung und eine vermehrte nächtliche Abschaltung von Ampelanlagen sollte geprüft werden. Außerdem sollen an geeigneten Kreuzungen Ampelanlagen durch Kreisverkehre ersetzt werden.

Ein Deckel auf der A40 hätte Charme. Der A40-Deckel ist aber angesichts des erheblichen finanziellen und baulichen Aufwandes in absehbarer Zeit nicht realistisch. Trotzdem wollen wir uns der Belastung und des Themas mit den Akteuren in den betroffenen Stadtteilen unter dem Motto „Leben mit und an der A40“ annehmen.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger setzen sich auf das Fahrrad. Daher haben wir das Radwegenetz erheblich ausgebaut. Die überörtlichen Fahrradrouten müssen in das Netz eingebunden bzw. als Ergänzung gebaut werden. Der Radschnellweg Ruhr ist eine gute und interessante Alternative zum Individualverkehr, darf aber nicht die einzige Investition in die Verkehrsinfrastruktur darstellen. Schnelle Radwege können den motorisierten Individualverkehr nur ergänzen.

In Essen muss gute Stadtplanung und Stadtentwicklung die Bedeutung der Essener Stadtteile berücksichtigen. Unsere Stadtteile zeichnen sich durch ein selbstbewusstes und vielfältiges Vereinsleben sowie ein reiches bürgerschaftliches Engagement aus. Diese Stärken wollen wir stärken.

Wir unterstützen das Engagement der vielen Vereine, Bürgerschaften, Kirchen und weiterer Institutionen für attraktive Stadtteile. Stadtteilstände und Wochenmärkte sind wichtige Identifikationspunkte und Ausdruck von Lebendigkeit. Die vielen Volks- und Stadtteilstände werden oft ehrenamtlich organisiert und durchgeführt. Daher ist uns wichtig, dass Verwaltungsabläufe und Genehmigungen wieder vereinfacht werden. Eine zentrale Stelle ist unser Ziel. Genehmigungsverfahren müssen dort koordiniert und Zuständigkeiten gebündelt werden. Bei der Genehmigung von verkaufsoffenen Sonntagen ist möglichst schnell Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen.

Wir sprechen uns jedoch - aus religiösen, kulturellen und sozialen Gründen - entschieden gegen eine zunehmende Aushöhlung und Vergeschäftlichung des im Grundgesetz verankerten Sonntagsschutzes aus und fordern einen bewussten und verantwortlichen Umgang mit der Sonntagsruhe. Einer Freigabe verkaufsoffener Sonntage im Advent stehen wir nach wie vor kritisch gegenüber.

Wir setzen uns auch zukünftig dafür ein, dass die Essener „Adventsmärkte“ nicht vor dem Toten- oder Ewigkeitssonntag eröffnet werden. Um der christlichen Tradition der Adventsmärkte gerecht zu werden, schlagen wir die Eröffnung der Essener Adventsmärkte durch einen ökumenischen Gottesdienst am Vorabend des ersten Advents vor. Zudem regen wir eine zeitliche Verlängerung und Ausweitung der Essener Adventsmärkte in die Weihnachtszeit hinein an.

In der Innenstadt und in verschiedenen Stadtteilen hat sich die Außengastronomie in den letzten Jahren gut entwickelt. Wir freuen uns über die vielfältigen Angebote in unserer Stadt. Für uns ist Außengastronomie auch ein Gradmesser für Aufenthalts- und Lebensqualität unserer Plätze und Straßen. Die unterschiedlichen Interessen der Anwohner müssen immer wieder neu abgewogen werden und Berücksichtigung finden.

Integration muss gelebt werden

In unserer Stadt leben mehr als 100.000 Einwanderer aus verschiedenen Ländern und Kulturen. Diese Menschen in die Stadtgesellschaft einzugliedern, sie zu integrieren, ist nach unserer Auffassung eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Die Grundlagen basieren in dem christlichen, jüdischen, humanistischen und abendländischen Kulturerbe. Vielfalt bereichert! Um die Potenziale der Menschen, die sich bereits in Essen befinden, auch zu nutzen, ist eine stärkere Willkommenskultur erforderlich, insbesondere auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel in verschiedenen Branchen.

Das Ziel unserer Integrationspolitik ist das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur auf der Basis unseres gemeinsamen Grundgesetzes. Wir wollen dabei zur Einbürgerung ermutigen. Die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft steht für uns jedoch am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses. Auf unsere Anregung hin finden jetzt regelmäßig Einbürgerungsfeiern statt.

Integration heißt miteinander, nicht nebeneinander. Deshalb lehnen wir Parallelgesellschaften ab.

Integration mehrt unseren Wohlstand und sichert den sozialen Frieden. In Essen haben wir gute Rahmenbedingungen für die Integration von Zuwanderern geschaffen. Integration setzt Begegnung und Kontakt voraus. Daher unterstützen wir integrationsfördernde Maßnahmen und Veranstaltungen für das bessere Miteinander innerhalb der Stadtgesellschaft. Das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement von Kirchen, Schulen, Vereinen und Migrantenorganisationen in unserer Stadt ist ein anerkanntes Zeichen. Es gibt heute eine Vielzahl von Integrationsmaßnahmen, diese wollen wir auf ihre Wirksamkeit hin überprüfen und weiterentwickeln.

Voraussetzung für jede Integration und Schlüssel zu ihr ist die Kenntnis der deutschen Sprache. Daher muss das Erlernen der Sprache in frühester Kindheit beginnen. Dabei kommt den Kindertagesstätten, wo die Kinder in spielerischer Form Deutsch lernen, eine besondere Verantwortung zu, insbesondere dann, wenn die Eltern nicht in der Lage sind, diese Aufgabe zu übernehmen. In der Schule und der Erwachsenenbildung muss der Spracherwerb systematisch fortgesetzt werden. Der Zugang zum Sprachunterricht ist allen Personen zu ermöglichen, die noch keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, auch wenn sie von dem Zuwanderungsgesetz nicht erfasst werden. Hierfür müssen ausreichende, finanzierbare Kursangebote bereitgestellt werden, zum Beispiel an der VHS.

In einem vereinten Europa, in dem viele Sprachen gesprochen werden, wird es immer wichtiger, mindestens Grundkenntnisse in mehreren Sprachen zu haben. Darum unterstützen wir den Ausbau zweisprachiger Kindertagesstätten, denn gute Kenntnisse in mehreren Sprachen eröffnen Menschen neue Chancen der persönlichen Entwicklung in Schule und Beruf. Schulen mit einem hohen Anteil von Kindern aus Zuwandererfamilien sind im Hinblick auf ihre integrationsrelevante Bedeutung in besonderem Maße zu fördern. Erforderlich ist eine bessere Versorgung mit Lehrern und Sozialarbeitern und eine entsprechende Lehrerfortbildung, wobei es in besonderer Weise auf die Förderung der interkulturellen Kompetenz der Lehrenden ankommt. Damit Kinder und Jugendliche individuell besser gefördert werden können, treten wir gerade im Hinblick auf die Integration für einen weitgreifenden Ausbau des Ganztagschulsystems ein.

Der Sport- und Schwimmunterricht sowie die Teilhabe an Klassenfahrten sind wichtige Bestandteile des Unterrichts und fördern die gelebte Gemeinschaft von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte. Auch Sport und Musik haben eine enorme Integrationskraft, sie muss konsequent genutzt werden.

Der Islam stellt mittlerweile die größte Religionsgruppe nach den christlichen Kirchen in Essen dar. Moscheegemeinden müssen ihren Beitrag zur Offenheit und zum Dialog leisten. Sie nehmen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den muslimischen Zuwanderern und der Stadtgesellschaft ein. Grundlage der Zusammenarbeit mit den islamischen Institutionen ist das vorbehaltlose Bekenntnis zum Grundgesetz. Wir wollen diese Zusammenarbeit zwischen den Moscheegemeinden und den Akteuren der Jugendhilfe, den Sportvereinen sowie der Polizei verbessern und wechselseitige Vorbehalte abbauen.

Muslimen müssen ihre Religion in Essen angemessen ausüben können. Die notwendige Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft für den Wunsch der Muslimen nach angemessener Religionsausübung stellt dabei eine wichtige Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander der Religionen und Menschen in unserer Stadt dar. Diese Akzeptanz zu fördern, ist ein vorrangiges Ziel unserer politischen Arbeit. Die Akzeptanz neuer Moscheen in den Essener Stadtteilen hängt dabei ganz wesentlich von der Form des öffentlichen Verfahrens um Genehmigung, Bau und Gestaltung ab.

Den Deutschen aus Russland und den in Essen seit Jahrzehnten lebenden Heimatvertriebenen gegenüber empfinden wir eine besondere Verantwortung. Sie haben als Deutsche besonders unter den Folgen des Ersten und Zweiten Weltkrieges leiden müssen. Wir setzen uns deshalb für die Pflege und Bewahrung ihrer Geschichte und die Anerkennung ihres Schicksals ein. Die jungen Spätaussiedler bedürfen dabei einer besonderen Aufmerksamkeit bei der Integration. Sie stehen häufig zwischen der hiesigen Kultur und der Kultur des Herkunftslandes.

Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass im verstärkten Maße die Berufsabschlüsse von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland adäquat anerkannt werden.

Wir intensivieren unsere Bemühungen zur Steigerung der Wahlbeteiligung zum Integrationsrat. Wir sind dabei offen für Migranten, die Politik mitgestalten wollen und unterstützen Migranten, die parteipolitisch aktiv sein möchten.

In Anteilnahme an dem Verlust der angestammten Heimat und dem grausamen Schicksal der Flucht und der Vertreibung und in Anerkennung und Würdigung um die Verdienste, die die deutschen Heimatvertriebenen für den sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung unserer Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg erbracht haben, fordern wir einen „Gedenkstein der Vertreibung“ an zentraler öffentlicher Stelle. Er soll ein Mahnmal gegen jede Vertreibung sein und damit der Versöhnung, der Toleranz und dem Frieden dienen.

Die Anzahl der Flüchtlinge steigt. Essen wie auch andere Städte im Ruhrgebiet erleben insbesondere einen starken Zuzug von Menschen aus Südosteuropa und dem Balkan. Wir werden als Stadtgesellschaft unsere Verpflichtung gegenüber den Asylsuchenden und Flüchtlingen nachkommen. Das tun wir auch aus unserer christlichen Verantwortung heraus. „Runde Tische“ an den Übergangs- und Aufnahmeeinrichtungen sowie ein einheitliches Sicherheits- und Betreuungskonzept helfen uns dabei, die Akzeptanz zu wahren. Vorrang hat für uns die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen vor Gemeinschaftsunterkünften. Sachleistungen haben für uns Vorrang vor Geldleistungen.

Wir fordern die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen auf, das Flüchtlingsaufnahmegesetz zu verändern. Um die Stadt Essen von der Unterbringungspflicht für Asylbewerber aus den Westbalkanstaaten zu befreien, muss das Asylverfahrensgesetz so geändert werden, dass bundesgesetzlich festgeschrieben wird, dass die Länder die Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern nicht aus den Aufnahmeeinrichtungen entlassen und innerhalb der Bundesländer verteilen können. Darüber hinaus muss gesetzlich geregelt werden, dass die sogenannten „Folgeantragsteller“ aus den sicheren Herkunftsstaaten ebenfalls in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen der Länder bis zu ihrer Ausreise versorgt werden.

Neue Umwelt- und Klimaschutzstrategien erarbeiten

Umweltbelastungen und Umweltverschmutzungen treten verstärkt in großen städtischen Ballungsgebieten auf. Die Bewahrung der Schöpfung und Schonung der natürlichen Ressourcen ist unsere Verpflichtung. In der Großstadt ist das eine besonders anspruchsvolle Aufgabe.

Das beinhaltet die Erarbeitung von Anpassungsstrategien zum Schutze der Bevölkerung sowie von Flora und Fauna vor den Folgen der Erderwärmung. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir unsere Klimaschutzkonzepte zur Reduzierung der CO₂-Emissionen umsetzen. Dazu zählt die effizientere Nutzung aller Verkehrsträger, Wandel im Mobilitätsverhalten und intelligente Ampel- und Verkehrsleitsysteme.

Neben dem Klimaschutz stellt die Energiewende die Kommunen unter enormen Handlungsdruck. Unsere Stadt ist in den Umwelt-, Klima- und Energiethemen gut aufgestellt. Das Umweltamt, die Stadtwerke sowie die Essener Verkehrs- oder die Entsorgungsbetriebe, aber auch die Universität Duisburg-Essen, das Haus der Technik, das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) und das Kulturwissenschaftliche Institut (KWI) stehen beispielhaft für die vielen kreativen Köpfe und die notwendigen Innovationen in diesen Bereichen.

Wir haben bereits als energieeffiziente Stadt und mit dem Konzernziel Umweltschutz Erfolge erzielt. Das ist auch der Verdienst der Energie- und Klimakommission. Das spornt uns bei der laufenden Bewerbung um den Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ an. Unsere Ideen zum Klimaschutz und zur CO₂-Reduzierung sind im Klimaschutzkonzept hinterlegt. Wir wollen damit ein nachhaltiges und qualitatives „grünes“ Wachstum erreichen.

Die Ziele örtlicher Luftreinhaltung müssen im Rahmen der Bauleitplanung, der Verkehrsplanung und der Energiekonzepte besonders beachtet werden. Hierzu bedarf es einer fortlaufenden Evaluierung und bedarfsgerechten Fortschreibung des regionalen Luftreinhalteplanes.

Wir wollen den Ausbau von Systemen der Kraft-Wärme-Kopplung forcieren. Sie besitzen gegenüber der herkömmlichen Erzeugung von Wärme und Strom einen erheblich höheren Wirkungsgrad. Dies führt nicht nur zu Umweltentlastungen, sondern auch zu Einspareffekten. Energieversorgungssysteme werden moderner und dezentraler. Mittels (Mini-)Blockheizkraftwerken und durch die Nutzung von Umweltenergien (Sonnenenergie, Windkraft, Erdwärme etc.) decken immer mehr Verbraucher ihren Bedarf.

Gleichzeitig steigt der Strompreis für Verbraucher. Maßnahmen und Beratung zur Energieeinsparung müssen daher weiterentwickelt werden. Die Niedrigenergiebauweise über Bauplanungspläne, stärkere Überprüfung und Kontrolle von Energiestandards bei Baugenehmigungen sowie Intensivierung der Umwelt- und Energieberatung sowohl in kommunalen Einrichtungen wie auch in Privathaushalten sind dabei wichtig.

Lärm kann krank machen. Daher brauchen wir umfassende Lärmaktionspläne, vor allem in denjenigen Gebieten, die nach der vorgenommenen Lärmkartierung besonders belastet sind. Dabei ist die Öffentlichkeit intensiv zu beteiligen. Im Rahmen der Lärminderungspläne sind Schallschutzmaßnahmen zu verstärken. Flüsterasphalt bzw. lärmoptimierter Asphalt kann Abhilfe schaffen.

Innerstädtische Tempolimits können nur in Ausnahmefällen eine Maßnahme sein, wenn bauliche Maßnahmen nicht abhelfen können.

Eine wachsende Stadt benötigt ausreichende Freizeit- und Erholungsgebiete. Hierzu ist notwendig, Lücken in Grüngürteln zu schließen und Grünverbindungen auszubauen. Durch die Einbeziehung des Mediums Wasser wird diese grünplanerische Aufgabe mit Ansätzen zur Qualitätssteigerung von Wohnquartieren verbunden werden. Parks und Grünanlagen stellen im Stadtgebiet wertvolle Erholungsräume dar. Die Bürgerinnen und Bürger nutzen insbesondere den Gruga-Park. Er hat in den letzten Jahren wieder an Attraktivität gewonnen.

Wir setzen auf die Partnerschaft mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden bei der Entwicklung und Umsetzung unserer Umweltstrategien.

Die Vergabe von Patenschaften an interessierte Initiativen, Unternehmen und Einzelbürger ist zu prüfen.

Die Qualität der städtischen Gewässer wollen wir weiter verbessern. Dabei müssen die Quellgebiete ökologisch aufgewertet, die Bachoberläufe instand gesetzt und an die Erfolge der Emscher-Renaturierung angeknüpft werden. Die Vergabe von Patenschaften an interessierte Initiativen, Unternehmen und Einzelbürger ist zu prüfen.

Wir bekennen uns klar zu der besonderen Aufgabe des Verbraucherschutzes. Dies gilt sowohl für die Verbraucherbildung wie auch für die Durchsetzung von Verbraucherrechten und den Schutz besonders sensibler Gruppen, wie z. B. Jugendlichen, älteren Menschen und Zuwanderern. Grundpfeiler des Verbraucherschutzes ist eine gut funktionierende Produkt- und Lebensmittelüberwachung.

Das Essener Kleingartenwesen steht für eine historisch gewachsene Kleingartenkultur. Sie ist ein Teil des bürgerschaftlichen und ökologischen Engagements in unserer Stadt. Wir unterstützen deshalb Bemühungen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Kleingärten und des Kleingartenwesens in Essen.

Solide Finanzen

Noch vor wenigen Jahren drohte der Stadt Essen mit einem jährlichen Defizit von über 400 Mio. Euro der vollständige Verzehr des Eigenkapitals und damit der finanzielle Kollaps. Das hätte den Verlust jeglicher Handlungsfähigkeit bedeutet. Wir haben dafür gesorgt, dass die Stadt finanziell wieder „die Kurve kriegt“ und wollen, dass die Stadt nicht auf Dauer über ihre Verhältnisse lebt. Beim Konsolidierungskurs haben wir Augenmaß und Umsicht bewiesen und bleiben diesem Kurs treu. Wie anfällig dieser Konsolidierungskurs ist, sehen wir beim Wegbrechen der Gewerbesteuerereinnahmen.

Der eingeschlagene Konsolidierungskurs ist und bleibt richtig. Dabei geht es nicht um sozialen Kahlschlag, sondern darum, wie und wo Leistungen angepasst und durch kreative Lösungen ersetzt werden können. Leistungen, die im Vergleich zu anderen Städten in Essen kostenintensiv sind, bieten Einsparpotenziale.

Die Möglichkeiten der „eVerwaltung“ (Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten per Internet) sollen ausgeschöpft werden, um den Bürgern möglichst viele Dienstleistungen online anbieten zu können.

Die Stadt muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und sich auch von Aufgaben trennen oder anderen Leistungsträgern übertragen, die sie kostengünstiger, aber in einer bedarfsgerechten Qualität erbringen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung ist dabei viel abverlangt worden. Durch die Optimierung der Beteiligungen der Stadt Essen heben wir Synergien, die zu einer Kostensenkung führen.

Dazu bedarf es einer Intensivierung der kontinuierlichen Vergleichsanalyse städtischer Dienstleistungen, Produkte, Prozesse und Methoden (Benchmarking) mit denen vergleichbarer Städte, um qualitative und quantitative Optimierungspotenziale im Konzern Stadt offenzulegen und zum Gegenstand weiterer Einsparbemühungen zu machen.

Unser Ziel ist, den Haushaltsausgleich mit eigenen Anstrengungen schnellstmöglich zu erreichen. Und unser Kurs ist erfolgreich: Mit unseren Beschlüssen zu den letzten städtischen Haushalten tilgen wir bereits seit Anfang 2014 effektiv Schulden, erstmals seit Jahrzehnten. Wir planen überdies jedes Jahr wachsende Beiträge zu tilgen, um für kommende Zinserhöhungen gewappnet zu sein. Hierzu haben wir einen politischen, inhaltlichen und organisatorischen Paradigmenwechsel eingeleitet. Erwirtschaften kommt vor Verteilen. Investitionen in unsere Infrastruktur und in gute Bildung bleiben weiter möglich, weil unser Konsolidierungskurs die Handlungsfähigkeit sichert und neue Gestaltungsmöglichkeiten geschaffen hat. Neue Gestaltungsmöglichkeiten schafft auch eine wachsende Stadt, da sie zu mehr Einnahmen und Landeszuweisungen führt.

Ein Haushaltsausgleich wird aber dauerhaft nur möglich sein, wenn die Kommunen von Aufgaben entlastet werden. Daher brauchen wir eine umfassende Gemeindefinanzreform, die den Namen verdient. Sie ist überfällig und muss die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben ohne neue Schulden wahrnehmen zu können. Ebenso muss die Vergabe von För-

dergeldern nach Himmelsrichtung beendet werden. Eine Förderung hat vielmehr nach Bedürftigkeit zu erfolgen.

Die Kommunen müssen endlich wieder auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden und das seit langem von uns geforderte Konnexitätsprinzip (wer bestellt, bezahlt) muss im Zusammenspiel von Bund, Land und Kommunen endlich in vollem Umfang angewendet werden.

Wahlaufruf

Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 geht es darum, die Weichen auf eine starke Stadt Essen zu stellen und sie zu einer starken und selbstbewussten europäischen Metropole zu entwickeln. Dafür werben wir um Ihr Vertrauen. Geben Sie bei der Kommunalwahl Ihre Stimmen der CDU.

Die CDU Essen ist eine Volkspartei. Alle Bürgerinnen und Bürger, egal welchen Alters oder Nationalität, die sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen möchten und sich mit den Zielen der wertebasierten Politik der CDU identifizieren, sind herzlich eingeladen, sich in der CDU zu engagieren und an den Veranstaltungen und Treffen teilzunehmen. Sprechen Sie uns an! Wir freuen uns auf Sie!

Notizen

A series of 20 horizontal dashed lines spaced evenly down the page, providing a template for taking notes.

A series of 25 horizontal dashed lines spanning the width of the page, providing a template for handwriting practice.

A series of 20 horizontal dashed lines spanning the width of the page, intended for writing or drawing.

A series of 25 horizontal dashed lines spanning the width of the page, intended for writing or drawing.

Impressum

**Herausgeber CDU Essen
CDU Kreisgeschäftsstelle Essen
Blücherstraße 1, 45141 Essen
Telefon: 0201-247320, Fax: 0201-2473299
E-Mail: info@cdu-essen.de
Internet: www.cdu-essen.de**